

dorf wohnenden Abgeordneten ist das Verhältnis zwischen Fahrzeit und echter parlamentarischer Arbeitszeit im Landtag überwiegend unbefriedigend.

Die jetzige Arbeitseinteilung muß zwangsläufig den einzelnen Landtagsabgeordneten mehr und mehr zum Berufspolitiker machen. Die Konsequenz daraus könnte sein, daß Selbständige, leitende Angestellte oder Mitbürger aus solchen Berufen, bei denen es darauf ankommt, ständig in der wissenschaftlichen und technischen Entwicklung auf dem laufenden zu sein, kaum noch eine Möglichkeit der demokratischen Mitwirkung im Parlament sehen.

Eine Konzentration der Arbeit auf wenige Wochentage oder fester Rhythmus zwischen Arbeitswochen und freien Wochen, dann allerdings mit voller Anwesenheit an den Arbeitstagen, könnte hier Abhilfe schaffen. Eine große Zahl von Abgeordneten der SPD-Fraktion meint, daß dieses Problem in Zusammenhang mit der Neuregelung der Entschädigungen gesehen werden muß.

FDP: Rationalisierung möglich

Es ist ein Paradoxon, wenn man auf der einen Seite den zunehmenden Bedeutungsverlust der Landesparlamente beklagt, zum anderen aber über die wachsende Arbeitslast des Landtages stöhnt. Irgend etwas kann hier nicht stimmen!

Es besteht ein enger Kausalzusammenhang zwischen dem Selbstverständnis des Landtages und seiner Arbeitsbelastung. Das Streben nach Mitwirkung oder gar Mitbestimmung an exekutiven Aufgaben birgt die Gefahr einer „Gouvernementalisierung“ des Landtages in sich. Deshalb sollten zuerst die Funktionsbereiche des Landtages neu überdacht werden. Darüber hinaus ist allerdings auch eine Entrümpelung des parlamentarischen Betriebes notwendig. Unterstellt man einmal, daß Abgeordnete keine Berufspolitiker sein sollen, so muß ihnen Gelegenheit gegeben werden, auch ihren beruflichen Pflichten nachzukommen. Deshalb sollte der Häufung von Ausschußsitzungen, die zum Teil weniger als eine Stunde tagen, Einhalt geboten werden. Eine Berechnung der Sitzungszeiten aller Ausschüsse kann nachweisen, daß der Anteil von Kurzsitzungen nicht unerheblich ist. Eine Zusammenfassung solcher Sitzungen würde eine teilweise Rationalisierung bedeuten.

Neben dem damit verbundenen finanziellen Aufwand, der in keiner Relation zu den Ergebnissen solcher Sitzungen steht, bedeuten diese eine vermeidbare Umständlichkeit.

Weiterhin sollte der Turnus zwischen Sitzungswochen und sitzungsfreien Wochen überprüft werden. Zu denken wäre etwa an den Rhythmus des Bundestages: zwei bzw. drei Sitzungswochen, dann eine sitzungsfreie Woche.

Zu denken wäre auch an eine Konzentrierung der Ausschuß- und Plenumsarbeit auf drei Tage pro Sitzungswoche. Die Notwendigkeit einer Rationalisierung der Landtagsarbeit ist offensichtlich. Sie sollte so schnell wie möglich in Angriff genommen werden.

Porträt

Das Auffallendste an ihm sind Statur und Haarfarbe: ein blonder Hüne. Sonst hält er sich im Landtag eher im Hintergrund, mit kühlem Blick kalkulierend. Friedel Neuber tut dies bewußt und mit Methode: „Das Parlament braucht die Bereitschaft einiger Abgeordneten, sich mit Detailfragen zu befassen.“

Detailfragen – das sind für den gelernten Sparkassenmann die alljährlich neuen Zahlenkummen des Landeshaushaltes. Als Vorsitzender des Arbeitskreises 5 „Steuern und Finanzen“ seiner Fraktion, als stellvertretender Vorsitzender des Haushalts- und Finanzausschusses und als Mitglied des Wirtschaftsausschusses betreibt er, sozusagen, legal die Verquickung von Politik und Beruf, wobei das Finanz-Fachwissen dem Politiker und die anfallenden politischen Informationen dem Finanz-Fachmann zugute kommen.

Lorbeeren hat der 36jährige sich in seinem Beruf, der ihn eigenen Angaben zufolge ausfüllt, bereits geholt: der derzeitige Präsident des Rheinischen Sparkassen- und Giro-Verbandes, der zugleich auch dem Vorstand des Deutschen Sparkassen- und Giro-Verbandes angehört, beschreibt seine Karriere im Landtagshandbuch stichwortartig selbst so: „Volksschule, kaufmännische Lehre, Buchhalter, Revisor, Geschäftsführer, Verbandsvorsteher.“ Da er seine Arbeitszeit im Verhältnis eins zu zwei auf Politik und Beruf verteilt, dürften weitere Stichworte erforderlich werden.

Wenn Politik und Beruf ihn nicht auslasten, dann geht er sowohl handfestgeselligen (Treibjagden) als auch weniger geselligen Beschäftigungen (Briefmarkensammeln, Musik) nach.

Daß Neuber beschloß, Politiker zu werden, ist wesentlich von der politischen Nestwärme in seinem El-



Friedel Neuber (SPD)
Stellvertretender Vorsitzender
des Haushalts- und Finanzausschusses

ternhaus mit veranlaßt worden: sein Vater, ein Eisenbahner, war überzeugter Sozialdemokrat und ist sein politisches Vorbild. Diese Beziehung dürfte auch Neubers Verhältnis zur Partei entscheidend bestimmt haben. Er gehört noch zu jener „Vor-Münchener“ Generation der Jungsozialisten, die ihre Jusophase mehr als Gesellenzeit zur Vorbereitung auf eine Parteikarriere ansahen, statt sich wie heute als der notwendig kritische Sauerteig der Partei zu begreifen.

Als Parteimann war Neuber nicht ohne Erfolg. Schon im Jahr seines Parteieintrittes (1957) wurde er Jusokreis-Vorsitzender und blieb es bis 1968. Von 1959 bis 1962 führte er den Juso-Bezirk Niederrhein. Dem SPD-Kreisvorstand Moers gehört Neuber seit 1958 an. Von 1961 bis 1969 hatte er den stellvertretenden Fraktionsvorsitz für seine Partei im Stadtrat von Rheinhausen inne. „MdL“ darf er sich seit 1962 nennen. Nicht wenig für einen Mann, der beruflich in zahlreichen Gremien tätig zu sein hat. Und auf dessen Zeit auch noch seine Frau und zwei Kinder Anspruch erheben.

Hartwig Suhrbier